

An den  
Präsidenten des Burgenländischen Landtages  
Herrn Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 16. November 2017

**Selbständiger Antrag**

**des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen**

**auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Verwaltung NEU denken“**

Der Landtag wolle beschließen:

## **EntschlieÙung**

### **des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend „Verwaltung NEU denken“**

Beschäftigung, Wachstum, persönliches Engagement für die Gemeinschaft und Selbstbestimmung sind wichtige Eckpfeiler zur Erhaltung und zum Ausbau des hohen Lebensstandards im Burgenland.

Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, das Burgenland als Wirtschaftsstandort, Schul- und Ausbildungsstandort, Tourismusland und in allen weiteren Bereichen des Zusammenlebens zu forcieren und attraktiver zu gestalten. Überbürokratisierung stellt dabei vielfach einen Stolperstein dar. Bürokratie verursacht hohe Kosten für die Betroffenen und verschlingt viel Zeit. Zu viel Bürokratie bedeutet zu wenig Freiheit.

Es muss daher ein klares Ziel der politisch Verantwortlichen sein, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass den Burgenländerinnen und Burgenländern, den Unternehmen, den Gemeinden, den Vereinen etc. bestmögliche Bedingungen geboten werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass mit ihrem Steuergeld sparsam und effizient umgegangen wird und die bürokratischen Lasten auf ein notwendiges Mindestmaß reduziert werden.

Gesetze müssen schlanke Strukturen und Gliederungen aufweisen, leserlich und verständlich geschrieben sein. Sie müssen überdies einfache Verwaltungsverfahren vorsehen, rasche Erledigungen vor Behörden zulassen und die bürokratischen Hürden auf ein unbedingtes Mindestmaß reduzieren.

Neben modernen Gesetzen ist aber auch eine ebenso moderne Verwaltung und Verwaltungsstruktur wichtig. Ansprechpartner vor Ort und One-Stop-Shop Lösungen sorgen für eine bürgernahe Verwaltung und vereinfachen daher den Kontakt zwischen Bürgern, Unternehmen und öffentlichen Stellen.

Daher ist es notwendig, Verwaltungseinheiten zu dezentralisieren und in die einzelnen Bezirke zu verlegen. Somit kommt es nicht nur zu mehr Bürgernähe, sondern gleichzeitig auch zu einer Stärkung des gerade im Burgenland wichtigen ländlichen Raums.

Hier sollte Niederösterreich als Vorbild dienen, wo zwischen 2018 und 2022 insgesamt 500 Arbeitsplätze in die Regionen des Landes verlegt werden sollen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, unter Einbeziehung aller im Landtag vertretenen Parteien, der Sozialpartner und der Gemeindeverbände, einen Entwurf für ein Entbürokratisierungspaket auszuarbeiten und dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Ebenso wird die Landesregierung aufgefordert, eine detaillierte Planung zur Dezentralisierung der Landesverwaltung in die einzelnen burgenländischen Bezirke vorzulegen. Diese Planung hat jedenfalls zu enthalten:

- Schaffung von Kompetenzzentren und Schwerpunktsetzungen in den Bezirkshauptmannschaften.
- Innovative Arbeitsplatzlösungen (z.B.: Telearbeit) für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf Freiwilligkeit und Anreizsystemen aufbauen.
- Entsprechende Neuaufnahmen verstärkt vor Ort in den Bezirken unter Berücksichtigung der geplanten neuen Strukturen.